

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Arbeitskampf um BAGS
- 0 Geheimkonto Kompromiss
- 0 Spielsucht
- 0 Kosten für Rechtsstreit

Rechnungsabschluss 2007

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Rechnungsabschluss 2007, das ist die Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Knittelfeld, beschlossen. Dieser Abschluss ist der Erste, in dem das plötzlich aufgetauchte sogenannte „Geheimkonto“ seinen Niederschlag findet. Bekanntlich ist im Jahr 2006 ein zusätzliches Gemeindekonto, von dem der Gemeinderat nichts gewusst hat, mit einem Schuldenstand von 3,6 Mio. Euro aufgetaucht. Eine ausführliche Prüfung der Gemeinde durch das Land war die Folge. Die Zahlen verdeutlichen wie bitter sich diese „Altlast“ auf die Gemeindefinanzen auswirkt.

Was uns ein- und aufgefallen ist:

...**dass** der Kassenstand mit Ende 2007 ein **Minus** von rund 3,5 Mio. Euro aufweist. An Überziehungszinsen mussten rund 143.000 Euro bezahlt werden. Die Investitionen des außerordentlichen Haushalts sind auf etwa 1,4 Mio. Euro zusammengeschrumpft. In der Vermögensrechnung ist die Gemeinde in die roten Zahlen gerutscht, das Reinvermögen der Gemeinde weist nun ein Minus von rund 20.000 Euro auf. Das Geheimkonto wird unser Gemeindebudget noch über einen längeren Zeitraum hinweg belasten.

...**dass** überall der **Sparstift** angesetzt wurde. Bei zahlreichen Positionen wurde die Voranschlagsbeträge nicht ausgeschöpft. Deutliche Einsparungen gab es bei der Öffentlichkeitsarbeit, weniger Geld gab es für das Stadtmarketing. Nur der Tag der offenen Tür kam mit rund 15.500 Euro deutlich teurer als veranschlagt. Auch bei den Repräsentationsausgaben wurde gespart.

...**dass** auch bei den Subventionen an **Vereine** die veranschlagte Summe meist nicht ausgeschöpft wurde. Nur das Eisenbahnmuseum erhielt auf Grund der Errichtung einer Heizung um 32.000 Euro mehr als veranschlagt.

...**dass** es auf der einen Seite durchaus positiv ist, wenn gespart wird. Aber der Sparkurs hat auch seine

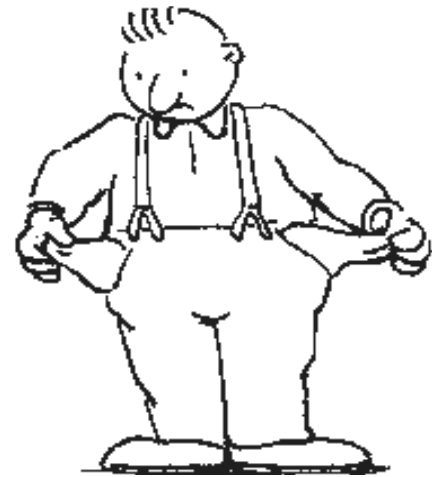
Kehrseite. Einsparungen bedeuten auch weniger an Investitionen und **weniger Leistungen** für unsere BürgerInnen.

...**dass** wir angesichts dieses Sparprogramms an den Prüfbericht des Landes erinnert werden. Dort ist zum Beispiel nachzulesen, dass die Gemeindeverantwortlichen gegen die Stimmen der KPÖ - bei der Errichtung der Parkgarage eine unwirtschaftliche Finanzierungsform zum **Nachteil der Gemeinde**

gewählt haben. Oder, es wurde klar, dass der Gemeinde von der Bank deutlich höhere Kreditzinsen als marktüblich verrechnet wurden.

Dabei muss mitbedacht werden, dass all diese Handlungen ihre Auswirkungen haben. Sie haben ein **finanzielles Nachspiel** und belasten den Gemeindehaushalt über Jahre hinaus. Die GemeindegängerInnen sind jetzt mit einem Sparkurs konfrontiert, mit dem nun Fehlentscheidungen der Vergangenheit ausgebügelt werden.

...**dass** es uns immer wieder schmerzt, wenn wir die Höhe unserer Kreditzinsen betrachten. In der Gemeinde Zeltweg gibt es kein einziges Darlehen mit einem Zinssatz über 5 Prozentpunkten. In unserer Gemeinde gibt es einige ältere Dar-



Das Geheimkonto reißt ein gewaltiges Loch in die Gemeindefinanzen

lehen, die sogar mit 5,65 Prozent verzinst sind.

...**dass** durch die gute Ertragslage unseres **Forstbetriebes** Gewinnentnahmen von rund 270.000 Euro möglich waren. Auch beim **Krematorium** gab es Gewinnentnahmen in der Höhe von rund 138.400 Euro. Deshalb haben wir auch der letzten Gebührenerhöhung in diesem Bereich nicht zugestimmt.

...**dass** nun auch die **Leasing-Verpflichtungen** der Gemeinde ausgewiesen werden. Damit ergibt sich ein genaueres Bild der Verpflichtungen der Gemeinde. Leasing und Kredit zusammen ergeben mit Ende 2007 Zahlungsverpflichtungen von rund 26 Mio. Euro.

Fortsetzung ➤



Fortsetzung ➔
Rechnungsabschluss

...dass sich die Erhöhung des Preises für die Karten des **City-Taxis** auswirkt. 2007 gab es deutlich weniger Einnahmen bei den verkauften Fahrscheinen und daher auch weniger Auszahlungen an die Taxiunternehmer. In Summe subventionierte die Gemeinde die Taxifahrten mit rund 37.000 Euro.

...dass die Ausgaben für den **Sozialhilfeverband** ständig steigen.

Rund 2,3 Millionen Euro mussten bezahlt werden. Zum Vergleich, vor fünf Jahren waren es 1,88 Million. Angesichts der ständig wachsenden Ausgaben regt sich der Unmut in den Gemeinden und in den Sozialhilfeverbänden. Wir sind der Meinung, nicht die Kürzung der Sozialausgaben, sondern eine finanzielle Besserstellung der Gemeinden muss die Lösung sein.

...dass es deshalb wichtig ist, welchen Inhalt die kommende **Steuerreform** hat. Eine Besteuerung der Gewinne und Vermögen, eine Umstellung des Steuersystems auf Basis einer Wertschöpfungsabgabe, die finanzstarke Branchen verstärkt zur Kasse bittet, und eine finanzielle Stärkung der Gemeinden, das sollten die Eckpunkte der Steuerreform sein.

...dass das Land die Sozialgesetzgebung beschließt und die Gemeinden zu einer 40-prozentigen **Zuzahlung** verpflichtet sind, ohne ein Mitspracherecht zu haben. Nachdem die Gemeinden kräftige

Zahler sind, wollen sie auch in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden. Eine unserer Meinung nach sehr legitime Forderung.

Deshalb hat die KPÖ im Landtag auch dem ÖVP-Antrag auf Einbindung der Sozialhilfeverbände und Errichtung eines Beirates zugestimmt, der somit eine Mehrheit bekommen hat.

Wir waren allerdings erstaunt, dass SPÖ und GRÜNE in dieser für die Gemeinden so wichtigen Frage nicht mitgestimmt haben. Offensichtlich werden die Interessen der Gemeinden auf höherer Ebene nicht mehr so ernst genommen.

Die KPÖ hat dem Rechnungsabschluss zugestimmt. Mit Ausnahme der Höhe der Bezüge der GemeindefunktionärInnen und der Tarife, deren Erhöhung wir bereits in den vergangenen Gemeinderatssitzungen abgelehnt haben.

Die Geschäftemacherei mit der Spielsucht boomt

An einem Rechnungsabschluss können viele gesellschaftliche Entwicklungen ablesen werden. Eine davon ist das wachsende Problem der Spielsucht und die Geschäftemacherei mit der Sucht der Menschen.



Die Einnahmen aus der Lustbarkeitsabgabe erleben wahre Höhenflüge. Rund 213.000 Euro hat die Gemeinde Knittelfeld 2007 allein aus diesem Titel eingenommen. Das ist eine Steigerung von fast 140 Prozent in nur fünf Jahren!

Grund ist die steigende Anzahl von Wettcafés und Spielautomaten, die offensichtlich ein Bombengeschäft sind. Studien haben gezeigt, dass Spielbetreiber ihr Hauptgeschäft nicht mit den GelegenheitsspielerInnen, sondern mit den

Spielsüchtigen machen.

Es wäre mehr als kurz-sichtig sich über diese Mehreinnahmen zu freuen. Denn die Auswirkungen der steigenden Spielsucht, durch die ganze Existenzen ruiniert werden, verursachen viel höhere gesellschaftliche Kosten als diese Mehreinnahmen.

Es ist sehr positiv, dass auch unsere Gemeinde eine Petition an den Landtag zur Verbesserung der gesetzlichen Lage beschlossen hat, und dass es keine Wirtschaftsförderungen für Wettcafés mehr gibt.

Auf Landesebene haben wird den Eindruck, dass in der Frage von wirksamen Beschränkungen, wie der

Erhöhung der Automatenabgaben oder der Einführung eines Höchstesatzes von 50 Cent nicht viel weitergeht.

Deshalb haben wir die Gelegenheit der Rede zum

Rechnungsabschluss genutzt, um an alle Anwesenden und auch an die Medien zu appellieren, ihren Einfluß geltend zu machen, dass es zu einer Verschärfung kommt.

BINDER INGUS

KÜCHEN- u. ELEKTRONMARKT

8720 KNITTELFELD Schulgasse 11

Tel. 03512/82025 u. 72056

office@kuechen-binder.at

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. Wir bedanken uns herzlich. Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, KoNr.: 26000000617, Bankleitzahl: 20815

Grüner Weg – Spielplatz



Der Grüne Weg bei der ehemaligen Trainingswiese des FC-Knittelfeld in der Neustadt ist sehr desolat. Wir haben schon öfter Anfragen von AnrainerInnen bekommen, wann es endlich zur Sanierung kommt. Ursprünglich war geplant den Weg im Zuge des Ausbaus der Firma Promotool herzurichten. Dieser Ausbau hat sich verzögert, dadurch wurde auch die Straße nicht saniert.

KPÖ-Gemeinderat Franz Moharitsch hat dieses Problem in der letzten Gemeinderatssitzung zur Sprache gebracht. Zugleich hat Moharitsch auch an die Trainingswiese erinnert, die zeitgerecht gemäht werden sollte, damit sie den Kindern bis zum Baubeginn

noch als Spielplatz zur Verfügung steht. Im letzten Jahr wurde die Wiese nicht rechtzeitig gemäht und ging dadurch als Spielgelegenheit verloren.

Der Bürgermeister antwortete, es bestehe kein Zweifel, dass diese Straße saniert werden müsse. Er habe in einem kürzlich geführten Gespräch mit der Firma Promotool erfahren, dass Aussicht auf einen baldigen Baubeginn besteht.

Vize-BGM Ewald Jonke meinte zur Trainingswiese, dass es hier mit einem bloßen Mähen nicht getan sei. Der Platz müsse auch gesäubert werden. Er werde mit den Verantwortlichen des FC-Knittelfeld Kontakt aufnehmen.

*Unsere Backwaren...
...immer ein Genuß!*

Bäckerei

P. u. R. Gruber OHG

Orig. Bauernbrot
8720 KNITTELFELD,
Frauengasse 2,
Tel. 03512/86609

Impressum:

Medieninhaber: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, Knittelfeld, Tel.: 03512/ 8 2240. E-mail: kpoe.knittelfeld@aon.at. Druck: KPÖ-Hausdruckerei, Graz

Ein Rechtsstreit ist teuer



Der Bürgermeister gab in der letzten Gemeinderatssitzung eine genaue Aufstellung über die Beratungs- und Rechtsanwaltskosten im Zusammenhang mit dem Prozess um die Sparkassenstiftung und anderer Beratungstätigkeiten.

Bekanntlich hat die Gemeinde Knittelfeld die Auflösung der Sparkassenstiftung eingeklagt und diesen Prozess nach zwei Entscheidungen zu Gunsten der Gemeinde in der letzten Instanz leider verloren.

Die Firma Kommunal Consult erhielt für Beratungen in Zusammenhang mit Steuerzahlungen und Betriebsprüfungen rund 66.800 Euro. Für Beratungen im Zusammenhang mit dem Sparkassenkonto wurden rund 10.100 Euro bezahlt. An Rechtsanwaltskosten und Zahlungen an die Firma Kommunal Consult im Zuge des Stiftungsprozesses sind rund 86.800 Euro angefallen. Die Beratungen im Zusammenhang mit den Anzeigen gegen den Bürgermeister und die Finanzreferentin betrugen rund 16.200 Euro. Diese Summe ist durch Versicherungen gedeckt. Ein Wirtschaftsgutachten kostete rund 4.300 Euro. Auf Grund des Verlustes des Prozesses über die Sparkassenstiftung mussten die Rechtsanwaltskosten der Stiftung in der Höhe von rund 94.100 Euro bezahlt werden.

Insgesamt ergibt sich die stolze Summe von rund 278.300 Euro. Andere Gemeinden haben durch den Verkauf ihrer Gemeindeparkassen Millionen für die Gemeindekasse bekommen. Nur in Knittelfeld haben die damaligen Gemeindeverantwortlichen durch die Stiftungskonstruktion allen Einfluss auf die Sparkasse aus der Hand gegeben. Der ganze Verlauf dieser traurigen Angelegenheit zeigt, wie sehr zum Schaden der Gemeinde damals gehandelt wurde.

Der Bürgermeister berichtete in der vorletzten Gemeinderatssitzung es solle eine Art Beirat aus allen Fraktionen ins Leben gerufen werden. Dieser Beirat solle mit der Sparkassenstiftung über Gemeindeprojekte, die von der Stiftung gefördert werden sollen, beraten. Damit hoffe man für einige Gemeindeprojekte Mittel von der Sparkassenstiftung zu bekommen. Eine gute Idee, die bald umgesetzt werden sollte, denn wie obenstehende Zahlen und der Rechnungsabschluss zeigen, braucht unsere Gemeinde jede Unterstützung.



Eisenwaren, Werkzeuge und Maschinen

HEINZ KRALY

Bahnhofstraße 9 • am Stadthagen
8720 Knittelfeld
Tel. 03512/86 600
www.kraly.net



Das freut den Profi und den Hauswerker!

Kräutergarten-Gruppe:

Arbeitskampf für bessere Entlohnung

Die Kräutergarten-Gruppe steht im Mittelpunkt von gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die Durchsetzung eines besseren Kollektivvertrages. Die Kräutergarten-Gruppe, geführt von Dr. Gerhard Moser (Sohn des ehemaligen SPÖ Bautenministers) und dem Ex-FPÖ- und jetzigem BZÖ-Politiker Harald Fischl, betreibt in der Steiermark sieben Seniorenheime. Eines davon ist das Knittelfelder Wegwarteheim.

Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen ist das Trofaiacher Heim der Kräutergarten-Gruppe mit dem Namen Verbena. Zuerst wurden von der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft Klagen wegen einer falschen Berechnung des Urlaubsanspruches eingebracht. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wurde sogar eine Betriebsrätin der Verbena fristlos entlassen. Diese Entlassung wurde von der Betriebsleitung zurückgenommen. In der Urlaubsfrage bahnt sich ein Kompromiss an.

BAGS für alle

Als zweiten Schritt wollen AK und Gewerkschaft nun durchsetzen, dass der BAGS-Kollektivvertrag (Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe) für alle in Pflegeheimen Beschäftigten angewendet werden muss. Ein großer Teil der Betreiber von privaten Pflegeheimen sind nämlich in den Privatkrankenanstalten-Kollektivvertrag (PKA) „geflüchtet“. Denn hier geht es um viel Geld. Der BAGS stellt die Beschäftigten nämlich wesentlich besser als der PKA (siehe Tabelle).

Über 60 Klagen beim Arbeits- und Sozialgericht sind vorerst für

die MitarbeiterInnen der Verbena in Trofaiach eingebracht worden. Die Verbena steht stellvertretend für die Ansprüche der Beschäftigten der ganzen Branche.

Auch die KPÖ hat die Frage des BAGS schon mehrmals in der Gemeinde zur Sprache gebracht. Denn natürlich wendet die Kräutergarten-Gruppe auch in Knittelfeld nicht den BAGS an. Wir waren immer der Meinung, der Pflegeberuf ist sehr verantwortungsvoll und anstrengend und sollte gut bezahlt werden. Deshalb haben wir schon mehrmals im Gemeinderat gefordert, die Gemeinde solle sich dafür einsetzen, dass im Knittelfelder Wegwarteheim der BAGS bezahlt wird.

Solidarität

Nun gibt es einen Arbeitskampf. Wir sind der Meinung, die KollegInnen in Trofaiach dürfen nicht alleine gelassen werden und brauchen die Solidarität unserer Gemeinde und der Knittelfelder Beschäftigten. Deshalb haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung gefordert, dass die Gemeinde von der Kräutergarten-Gruppe verlangt, dass in Knittelfeld

der BAGS bezahlt wird. Außerdem wollten wir wissen, ob und wie in Knittelfeld Gewerkschaft und AK die Wegwarte-Beschäftigten unterstützt.

Der Bürgermeister antwortete, er habe die Frage des BAGS schon mehrmals in den Kräutergarten-Gremien zu Sprache gebracht. Wenn der Prozess gewonnen wird, müsse der BAGS eingeführt werden. Fragen der Gewerkschaft und der AK über Prozesse hätten im Gemeinderat nichts verloren. Im Gemeinderat meldete sich kein Arbeiterkammer- oder Gewerkschaftsfunktionär zu Wort.

Es ist traurig, dass die Beschäftigten der privaten Pflegeheimbetreiber erst klagen müssen, um zu ihrem Recht zu kommen. Ein weiterer Mosaikstein in der verhängnisvollen Geschichte der Öffnung des Pflegebereiches für private, gewinnorientierte Betreiber.

Privates Gewinnstreben hat im Pflegebereich nichts verloren. Auch das Land muss endlich handeln. Die KPÖ-Landtagsabgeordneten fordern daher vom zuständigen LH-Stellvertreter Kurt Flecker, dass nur mehr jene Heime aus Steuermitteln die Tagsätze bezuschusst bekommen, die zumindest den BAGS anwenden.

Vergleich der Kollektivverträge

BAGS	PKA
Arbeitszeit:	
38 Stunden*	40 Stunden
* Anpassung aliquot 2005 bis Ende 2008	
Entgelt, brutto, im Jahr 2014:	
(Stand 2008)	(Stand 2007)
<i>Medizinische Masseur:</i>	
1.546,10 Euro	1.340,20 Euro
Differenz: 205,90 Euro	
<i>Diplomkrankenpflegepersonal:</i>	
1.963,20 Euro	1.640,43 Euro
Differenz: 322,77 Euro	
<i>Pflegehelfer:</i>	
1.696,50 Euro	1.377,79 Euro
Differenz: 318,71 Euro	

Sommer, Sonne, Ferien: Los!
 Kinderland
 vom 06. Juli bis 24. August
 Für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren
 1=2=3 Wochen möglich

Informationen:
 KPÖ-Knittelfeld:
 Tel.: 03512/822 40
 Helga Karrer:
 Tel.: 0676/355 1044
 Luise Krammer:
 Tel: 0664/51 38 490
 Franz Moharitsch:
 Tel.: 03512/71 2 67



Quester: Ab Ende März geschlossen

Die Firma Quester (früher Stadlbauer) hat mit Ende März ihren Knittelfelder Standort geschlossen. Ein Teil der MitarbeiterInnen wurde einvernehmlich gekündigt. Andere haben das Anbot, in anderen Filialen zu arbeiten angenommen. Sie müssen nun nach Judenburg, Leoben und sogar nach Graz auspendeln.

Damit schließt ein traditionsreicher Baumarkt seine Pforten. Offensichtlich ist es nicht leicht, sich bei wachsendem Konkurrenzkampf und sinkender Kaufkraft zu halten. Ein schwerer Schlag für die Entwicklung unserer Stadt und für die Beschäftigten, die nun das Pendler-schicksal teilen.

Aus dem Gemeinderat Schulzusammenlegung

Die Zahl der Schulkinder ist leider stark rückläufig. Die Direktorin der Kärntner Volksschule 2 geht im Herbst in Pension. Die beiden Direktionen der Kärntnerschule werden nun ab Herbst zusammengelegt.

Bergrettung

Die Gemeinde überlässt der Knittelfelder Bergrettung die kostenlose Nutzung eines Büros und einer Garage im Feuerwehrgebäude in der Wienerstraße. Diese Überlassung erfolgt in Form einer Bittleihe und ist jederzeit widerrufbar. Im Gegenzug bekommt die Bergrettung von der Gemeinde keine sonstige Vereinsförderung mehr.

Kanalbenützungsgöhrbefreiung

Die Austria Email, die ÖBB und die Obersteirische Molkerei sind Gründungsmglieder des Abwasserverbandes. Sie haben das Kanalnetz und den Bau der alten und der neuen Kläranlage mitfinanziert. Deshalb sind die Betriebsstätten dieser Firmen von der laufenden Kanalbenützungsgöhr befreit. Diese Regelung gilt schon viele Jahre und wurde nun auch mittels Gemeinderatsbeschluss fixiert.

Geschenkskörbe **Platten** **Belegte Party-Brezen**
Mittags-Menü
Nah & Frisch

ZUZA KEG

Vorm. Steinhuber

8720 Knittelfeld, Badgasse 43

Tel.: 03512/82 5 09, Fax: 74 3 68

Geheimkonto: Kompromiss mit bitterem Nachgeschmack



Der Gemeinderat hat den Bürgermeister und die Finanzreferentin im Mai des vorigen Jahres ermächtigt, Verhandlungen mit der Bank, bei der das „Geheimkonto“ aufgetaucht ist, zu führen. Ziel war es

die Zahlungen für die Gemeinde zu senken. Nun wurde dem Gemeinderat berichtet, man habe sich auf einen Kompromiss geeinigt. Ansonsten hätte die Gemeinde einen Prozeß mit ungewissem Ausgang anstreben müssen.

Die Gemeinde erhält in Summe 700.000 Euro. 500.000 Euro zur Abdeckung von Gemeindeschulden und vier Jahre hindurch je 50.000 Euro an Subventionen. Hintergrund dieser Zahlungen ist das „Geheimkonto“ mit einem Minusstand von 3,6 Mio. Euro, welches nach dem vollständigen Verkauf der Knittelfelder Sparkasse an die Steiermärkische Sparkasse aufgetaucht ist. Die Gemeinde wurde daraufhin durch das Land geprüft.

Anruf genögte

Dieses Konto wurde im Jahr 1993 bei einer Bank eröffnet. Eigentümer dieser Bank waren die Steiermärkische Sparkasse und die Sparkassen-privatstiftung. Die Unterlagen über die Eröffnung dieses Kontos waren nicht auffindbar, obwohl die Bank die Verpflichtung hat diese Unterlagen aufzubewahren. Die Einzahlungen von der Bank auf dieses Konto erfolgten nur auf Grundlage von Telefonanrufen des damaligen Rechnungsdirektors. Es wurde auch klar, dass die Zinsen, die der Stadtgemeinde für dieses Konto verrechnet wurden, doppelt so hoch wie marktüblich waren. Die Bank hat also dieses Konto nicht allen Vorschriften entsprechend geführt und sehr gut an der Gemeinde verdient. Deshalb auch diese Zahlung an die Gemeinde.

Deutlich höhere Zinsen als marktüblich

Die Summe von 700.000 Euro erscheint auf den ersten Blick hoch. Aber dieser Betrag ist nur ein Teil dessen, was hier zusätzlich an der Gemeinde verdient wurde. Über dieses Konto wurden im Geheimen über viele Jahre hinweg Millionen ausgeborgt. Der höchste Minusstand dieses Kontos betrug 5,1 Mio. Euro. Es müssen enorme Summen sein, die bei diesen hohen Geldbeträgen über die vielen Jahre hinweg bei einem viel höherem Zinssatz als marktüblich an Zinsen angefallen sind. Die Gemeinde als Melkkuh.

Auf Grund unserer angeschlagenen Finanzsituation kann sich unsere Gemeinde wohl keinen weiteren Prozess mehr leisten und muss diesen Kompromiss akzeptieren. Aber es bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Besonders wenn man bedenkt, dass dies einmal unsere Gemeindesparkasse war. Gemeindefunktionäre sind zu den Zeiten, in denen dieses Geheimkonto geführt wurde in Sparkassengremien gesessen und haben sogar Eigentümerfunktionen ausgeübt. Wessen Interessen haben sie in diesen Gremien vertreten?

Die Südbahn am Abstellgleis



Im Bereich der ÖBB gibt es der letzten Zeit besorgniserregende Entwicklungen für unsere Region. Schritt für Schritt wird das Leistungsabgebot an Zügen zurückgefahren. Schon jetzt wurden einzelne Schnellzüge Richtung Wien und Richtung Italien reduziert. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2008 soll sich die Situation noch verschärfen. Der Gemeinderat hat einstimmig eine Resolution verabschiedet.

Besonders absurd sind die Pläne für die Stadt Zeltweg. Dort soll der Bahnhof um 47 Millionen Euro umgebaut werden. Gleichzeitig sollen laut Plan dort schon bald keine höher-rangigen Züge mehr halten. Insgesamt drohen der ganzen Region weitere Kürzungen bei den Zugverbindungen.

Damit würde die Südbahn noch mehr ausgedünnt. Die Reisezeit würde sich drastisch verlängern und die Bahn noch unattraktiver. Unser ganze Region wurde damit abgewertet. Diese Pläne stehen auch im krassen Widerspruch zu der – auch angesichts des Klimawandels – dringenden Notwendigkeit den öffentlichen Verkehr auszubauen.

Dem Gemeinderat wurde deshalb eine Resolution an Bund und Land vorgelegt. Gefordert wird ein Bestandsvertrag über die Weiterführung der Südbahn mit einem Zugsangebot auf Basis des Jahres 2005. In der Resolution wird auch festgestellt, dass das S-Bahn Konzept unserer Stadt und unserer Region keine Vorteile gebracht hat.

Auch die KPÖ ist besorgt um die Zukunft der ÖBB in unserer Region. Wir haben der Resolution daher gerne zugestimmt. Wir waren aber der Meinung nur festzustellen, dass die S-Bahn nichts gebracht habe sei zu wenig. Die Forderung muss sein, die S-Bahn darf nicht in Bruck enden, sondern muss ausgebaut werden. Leider erleben wird in den letzten Jahren eine stetige Abwärtsentwicklung bei den ÖBB. Sei es in der Frage der Arbeitsplätze oder der Produktionstätten, oder nun bei den Fahrplänen.

Am Beginn dieser negativen Entwicklung stand ein gemeinsamer Beschluss

von SPÖ und ÖVP aus dem Jahr 1993. Die Ausgliederung der ÖBB aus dem Bundesbudget wurde beschlossen, um die ÖBB EU-fit zu machen. Damit stand nicht mehr der öffentliche Beförderungsauftrag, sondern die Verpflichtung zu einer betriebswirtschaftlichen Wirtschaftsweise im Mittelpunkt. Damit sind Angebot und Qualität des öffentlichen Verkehrs – wie in allen EU-Ländern – dramatisch gesunken. Die Zerstückelung der ÖBB und Arbeitsplatzabbau, bei Traumgagen und Abfertigungen von Bahnmanagern, waren die Folge.

Die KPÖ war im Gemeinderat auch der Meinung, die wichtigste Forderung um zu retten, was noch zu retten ist, wäre: Stopp allen Privatisierungsbestrebungen für die ÖBB.

Wussten Sie...

...dass die Wiederverstaatlichung der Bahn in Großbritannien nach dem Desaster der Liberalisierung und Privatisierung der Ära Thatcher überlegt wird?

Die Trennung von Schiene und Betrieb hatte zu Serienunfällen geführt und die Bahn in Misskredit gebracht.

Aus dem Gemeinderat

Konsum-Gebäude

Der Bürgermeister berichtete, dass die Gemeinde den Kauf des Konsum-Gebäudes in der Bahnstraße plane. Ursprünglich wollte die Bank 80 Euro pro Quadratmeter als Kaufpreis haben. Da das darauf befindliche Gebäude abgerissen werden muss, wurde dies im Kaufpreis berücksichtigt. Es konnte ein geringerer Kaufpreis erzielt werden. Die Höhe wollte der Bürgermeister noch nicht bekannt geben. Damit verschwindet dann ein Gebäude, das einen Schandfleck in unserm Stadtbild ist.

Betreutes Wohnen

Das Angebot des „Betreuten Wohnens“ wird laut Bürgermeister gut angenommen. Derzeit sind nur mehr drei Wohnungen in der Mozartstraße frei.

Tierheim

Der Bürgermeister berichtete über die Verhandlungen zur Errichtung eines neuen Tierheimes. Die Gemeinde könnte ein Grundstück zur Verfügung stellen, das dann bei den Kosten je Gemeinde berücksichtigt wird.

Die Kosten für das Tierheim werden ohne Grundstück auf 650.000 Euro geschätzt. Sie sollen zur Hälfte vom Land und von den Gemeinden getragen werden. Er hoffe auf die Mitfinanzierung von Gemeinden aus den Bezirken Knittelfeld, Judenburg und Murau. Derzeit werden Verhandlungen geführt. Derzeit sei gäbe einen Interessenten für den Betrieb. Auch die Errichtung eines Tierhotels und eines Tierkrematoriums werde angedacht. Für diese Einrichtungen gäbe es aber keine öffentlichen Mittel.

Steiermärkische
SPARKASSE 
 In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Nachmittagsbetreuung durch Volkshil-



Bis vor einiger Zeit wurde die Nachmittagsbetreuung der SchülerInnen in der Lindenallee Hauptschule und der Landschacher Volksschule vom schuleigenen Lehrpersonal durchgeführt. Nachdem die Lohnverrechnung der Lehrkräfte der Nachmittagsbetreuung nicht mehr vom Land durchgeführt wird, hat die Gemeinde die Gelegenheit genutzt um sich nach anderen Betreuungsinstitutionen umzusehen.

Mehrere Organisationen wurden zur Anbotlegung eingeladen. Bestbieter war die Volkshilfe, die nun den größten Teil der Nachmittagsbetreuung durchführt. Diese Regelung wird bereits länger praktiziert. Zur Beschlussfassung kam sie aber erst in der vorletzten Gemeinderatssitzung.

KPÖ-Gemeinderätin Elisabeth Lammer kritisierte diese Beschlussfassung im Nachhinein. Viel wird immer von einer Bildungsoffensive gesprochen und dass es wichtig sei die Kinder bestmöglich zu betreuen. Die Gemeinde erspart sich dadurch, dass nun nicht mehr Lehrer für einen Teil der Nachmittagsbetreuung zum Zug kommen etwa 30.000 Euro im

Jahr. Gemeinderätin Lammer stellte die Frage, auf wessen Kosten diese Neuregelung gehe.

Finanzreferentin Marion Schläge antwortete, der Bund bezahle für Nachmittagsbetreuung einer Gruppe nur eine einzige Lehrerstunde pro Tag. Die Fortführung der alten Betreuungsart sei auch eine Kostenfrage. Auf die Qualität der Nachmittagsbetreuung werde großen Wert gelegt, man bemühe sich auch Vereine darin einzubinden. Der Bund hat die Hauptkosten der Nachmittagsbetreuung auf die Gemeinden abgewälzt. Die Gemeinden versuchen zu sparen. So werden die schönen Worte von der Bedeutung der Bildung zu Lippenbekenntnissen.

Aus dem Gemeinderat

Sparmarkt

Der Bürgermeister berichtet von Plänen der Sparkette in Spielberg einen großen Spar-Markt zu errichten. Ihm sei von der Firmenleitung zugesichert worden, dass es keine Absichten gäbe der Knittelfelder Euro-Spar zu schließen. Hoffentlich können sich die Verantwortlichen später an diese Aussage erinnern.

Subventionen

An allgemeinen Subventionen für die Vereine wurden rund 9.660 Euro beschlossen. Die Sportvereine haben einen eigenen Subventionstopf. Hier wurden 38.600 Euro beschlossen.

Darlehensaufnahme

Für die Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes des Jahres 2007 wurden Darlehen in der Höhe von insgesamt rund 1,667 Millionen Euro beschlossen.

Ärztzentrum

Der Bürgermeister berichtete in der vorletzten Gemeinderatssitzung von einem Gespräch mit Herrn Dr. Christian Frisch. Dr. Frisch habe das Grundstück zwischen der Raiba und dem Kulturhaus im Ausmaß von 4.000 m² gekauft. Hier soll ein Ärztezentrum entstehen. Baubeginn sei heuer, die Fertigstellung ist bis 2009 geplant.

Die KPÖ nimmt zu den täglichen politischen Ereignissen Stellung. Aber wenig wird über die Meldungen unserer Partei berichtet. Im Internet ist sie unter der Adresse: www.kpoe-steiermark.at erreichbar.

Richard Zach, 1919-1943

„Ich bin den andern Weg gegangen.“

Gerhard Balluch

liest Gedichte, Briefe, Kassibertexte von

Richard Zach

Moderation:
Gerhard Dienes

Mittwoch, 14. Mai 2008
Neues Volkshaus, Reselgasse
Beginn: 19.00 Uhr

*Der Lehrer, Dichter, Widerstandskämpfer und Kommunist **Richard Zach** wurde, noch nicht 24-jährig - 1943 in Berlin hingerichtet.*

Während seiner Haft schreibt er im Geheimen hunderte von Gedichten, die teilweise aus der Zelle geschmuggelt werden.

Die Haftzeit Richard Zachs bildet den Hintergrund dieser Präsentation.

SGARDELLI
Stahl- und Aluminiumbau GmbH
8780 Knittelfeld • Viktor-Keppler-Straße 49
Tel. 03512782 215 • Fax 03572772 078
E-Mail: sgardelli@knittelfeld.at

Ein Unternehmen nach Maß!



Sprechstunde mit Sozialberatung

Montag,
21. April 2008
KPÖ-Parteiheim, Friedensstraße 10, Knittelfeld,
von 10.00 bis 12.00 Uhr

Mit KPÖ-LAbg. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Ein Beitrag zum Gedenkjahr 2008



Johann Kopenig

Johann Kopenig wurde am 15. Mai 1891 in Jadersdorf nahe Hermagor geboren. Er besuchte die Volksschule und erlernte den Schusterberuf. Er ging auf die Walz, kam mit der sozialdemokratischen Bewegung in Kontakt, wurde Parteimitglied und gewerkschaftspolitisch tätig. Er und seine Schusterkollegen fordern eine Mittagspause im damaligen 12-Stundentag. Der „Hetzer“ wird daraufhin entlassen.

Schuhmachersteik

Es verschlägt ihn bis nach Judenburg, wo er den Schuhmacherverband mitbegründet. Damals gehörten die Schuhmacher zu den schlechtbezahltesten Arbeitern in Österreich. In einem Streik, dem ersten Schuhmacherstreik in der Gegend, wurden Verbesserungen durchgesetzt. Johann Kopenig jedoch wurde wiederum entlassen. Er ging nach Knittelfeld. Knittelfeld war eine alte Arbeiterstadt mit gewerkschaftlichen Traditionen, dort hatte er es etwas leichter. Er arbeitete als Schuhmacher und betätigte sich als Gewerkschaftler. Er bekam von der Partei den Auftrag eine sozialistische Jugendorganisation aufzubauen. 1911 gründete er den „Verband jugendlicher Arbeiter in Österreich“, der schon bald 120 Mitglieder zählte.

Schon bald nach Kriegsbeginn musste er einrücken, an die Ostfront, wird verletzt und kommt in russische Kriegsgefangenschaft. Dort kommt er in Kontakt mit den Bolschewiki und wird 1918 Parteimitglied. Bis zum Sommer 1920 bleibt er in der Sowjetunion, dann kehrt er zurück nach Knittelfeld.

Zuerst Musikkapelle - dann Entlassung

Die örtliche Parteiführung der Sozialdemokratischen Partei begrüßt ihn am Bahnhof mit einer Musikkapelle. Der Posten eines Wahlsekretärs für die gesamte Obersteiermark wird ihm angeboten. Kopenig erklärt, er könne diese Arbeit nicht annehmen, da er Kommunist geworden sei. Man gab ihm Arbeit auf der Ge-

Vor 70 Jahren wurde Österreich vom Hitler-Faschismus überrollt und als selbständiger Staat ausgelöscht. Kaum jemand weiß heute noch, dass auf dem ÖBB Gelände in Knittelfeld auch einmal ein Schustergeselle gearbeitet hat, der später Vizekanzler und Mitbegründer der 2. Republik geworden ist. Wir wollen die Geschichte dieses Mannes und damit auch ein Stück Knittelfelder Geschichte wieder in Erinnerung rufen.

Johann Kopenig – vom Knittelfelder Schustergesellen zum Mitbegründer der Zweiten Republik

meinde und den Ratschlag, es sich noch einmal zu überlegen. Als er 1920 für die Kommunistische Partei kandidiert, wird er am Tag nach den Nationalratswahlen entlassen.

KPÖ-Knittelfeld wird gegründet



Es beginnt eine entbehrungsreiche Zeit, angefüllt mit harter politischer Arbeit. Am 26. Februar 1921 wird die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Knittelfeld gegründet. Kopenig lebt von Gelegenheitsarbeiten, findet für kurze Zeit Beschäftigung in der ÖBB-Schuhreparaturwerkstätte. Dort wird er zum Vertrauensmann gewählt. Da man einen Vertrauensmann nicht ohne weiteres entlassen kann, wird an einem Samstag die ganze Werkstätte aufgelassen, die Arbeiter gekündigt. Am folgenden Montag wurden alle, außer Kopenig und ein weiterer Genosse, wieder eingestellt.

Verbot der KPÖ

Er wird Parteiangestellter und organisiert den Aufbau der Kommunistischen Partei. Er wird 1923 Landessekretär der Steiermark. Er geht nach Wien, wird Organisationssekretär, später Generalsekretär der Partei. 1927 wird Kopenig in Folge des „Justizpalastbrandes“ verhaftet und wegen Aufwiegelung und Hochverrat angeklagt und freigesprochen, 1929 wird er wieder verhaftet und nach mehrmonatigem Gefängnisaufenthalt amnestiert. Die KPÖ beginnt verstärkt gegen den aufkommenden Faschismus aufzutreten. Im Mai 1933 wird die Kommunistische Partei verboten.

Steckbrieflich gesucht

Nach der Niederschlagung der Februarkämpfe 1934 und dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei treten viele Sozialdemokraten, von der SP-Führung enttäuscht, der KPÖ bei. Vom Dollfuß-Regime steckbrieflich gesucht, flieht Kopenig nach Prag. Von dort aus wird die illegale Arbeit der KPÖ in Österreich organisiert.

Ab 1935 beginnt sich die KPÖ mit der nationalen Frage zu beschäftigen. Entgegen der jahreslangen Propaganda, Österreich sei ein Teil der deutschen Nation und als eigener Staat nicht lebensfähig, erbrachte die KPÖ, gestützt auf die wissenschaftlichen Arbeiten von Alfred Klahr, den Beweis, dass Österreich eine eigene Nation mit einer eigenen Geschichte ist. Das klingt für heutige ÖsterreicherInnen wie eine Selbstverständlichkeit. Damals war es das nicht. Nach dem Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland forderte die



KPÖ die Wiederherstellung Österreichs als freien, unabhängigen Staat. Die KommunistInnen trugen bis 1945 den Hauptanteil am antifaschistischen Widerstandskampf.

Prag – Paris – Moskau

1938 flieht Kopenig von Prag nach Paris, 1939 muß auch dieses Exil aufgegeben werden. Er geht nach Moskau. Von dort aus wird für die Wiedererrichtung eines freien und unabhängigen Österreichs gekämpft. In Moskau tritt die KPÖ unter Kopenig dafür ein, dass Österreich als erstes Opfer des Hitlerfaschismus anerkannt wird und als unabhängiger Staat in den Grenzen von 1938 wiedererstanden muß. Dadurch hat die KPÖ einen wichtigen Beitrag für die Gründung der 2. Republik geleistet. Die Partei setzt sich für eine rasche Heimkehr der österreichischen Kriegsgefangenen ein und führt antifaschistische Schulungen durch.

Mitbegründer der 2. Republik

Im April 1945 kehrt Kopenig nach Wien zurück und wird als Vertreter der KPÖ Mitbegründer der 2. Republik. Bis Herbst 1945 ist er Vizekanzler der Provisorischen Regierung. Nach den Wahlen ist er bis 1959 Nationalratsabgeordneter. 1965 tritt Kopenig als Vorsitzender der KPÖ zurück. Am 13. 12. 1968 stirbt Johann Kopenig.

